

Wahlverhalten und Wahlforschung in Liechtenstein seit 1986

Wilfried Marxer

Einleitung

Wahlen sind der zentrale Akt politischer Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten, welcher zu einer verbindlichen Bestellung des Parlaments als Repräsentativorgan des Volkes führt sowie – je nach Ausgestaltung des politischen Systems – direkt oder indirekt über die parteimässige und / oder personelle Zusammensetzung der Regierung entscheidet oder wenigstens die Regierungsbildung beeinflusst. Selbst in einem politischen System mit ausgeprägten direktdemokratischen Rechten, wie es in Liechtenstein der Fall ist, verlieren Wahlen nicht wesentlich an politischer Bedeutung.¹ Wahlen zeichnen sich im Vergleich zu anderen Formen zivilbürgerschaftlichen Engagements durch hohe Beteiligungsraten aus, erlauben auch politisch wenig Interessierten und Engagierten ein Mindestmass an politischer Artikulation, statten Parteien als Intermediäre der Politik mit zeitlich eingeschränkter Macht aus und können aufgrund ihres Wiederholungscharakters regelmässig substantielle Korrekturen im politischen Kurs herbeiführen. Bedingungen dafür sind nach demokratischen Vorgaben organisierte freie und faire Wahlen sowie ein Mindestmass an Auswahlmöglichkeiten und politischem Wettbewerb.²

1 In der Schweiz, dem Land mit der weltweit am intensivsten gepflegten direkten Demokratie, wird von einem Bedeutungsschwund der Wahlen ausgegangen, da direktdemokratische Entscheide einen wesentlichen Beitrag zur Politikgestaltung liefern. Der Handlungsspielraum und die Richtungskompetenz der Repräsentativorgane sind damit eingeengt. Dies äussert sich auch in einer relativ niedrigen Wahlbeteiligung, welche Linder damit erklärt, dass Wahl- und Abstimmungsdemokratie nicht gleichzeitig maximiert werden können (1999, 313–316).

2 Dahl 1998; Schmitt 2005.

Von dieser Warte aus ist es nicht weiter erstaunlich, dass die Wahlforschung zu den klassischen und intensiv gepflegten Gebieten der Politikwissenschaft gehört. In Liechtenstein ist die politikwissenschaftliche Forschungstradition allerdings generell bescheiden. Erst mit der Gründung des Liechtenstein-Instituts im Jahr 1986 wurde eine kontinuierliche Forschungstätigkeit aus politikwissenschaftlicher Perspektive überhaupt eröffnet. Mit den Forschungsprojekten von Waschkuhn über das politische System Liechtensteins und von Michalsky über die liechtensteinischen Parteien wurde ein Anfang gemacht.³ Kellenbergers Arbeit über Kultur und Identität im Kleinstaat folgte.⁴ Seit der Jahrtausendwende entstanden weitere Arbeiten zu Fragen der europäischen Integration, über Medien, politische Kommunikation, sowie Beiträge im Kontext von Forschungsprojekten zu zentralen Fragen des liechtensteinischen politischen Systems, namentlich der Gewaltenteilung und den direktdemokratischen Volksrechten.⁵

Keines dieser genannten Forschungsprojekte beschäftigte sich indes vor den Landtagswahlen 1997 spezifisch mit den Wahlen. In einzelnen Arbeiten – auch ausserhalb des Liechtenstein-Instituts – wurden Teilaspekte wie etwa das Wahlrecht⁶ beleuchtet, andere streiften Wahlen in weiter zurückliegenden Epochen aus historischer Perspektive⁷, gelegentlich wurden Wahlen am Rande anderer Fragestellungen beschrieben⁸ oder sie beschränkten sich auf die Wiedergabe von amtlichem Datenmaterial, ohne eine weitere analytische Tiefe anzustreben.⁹

Die bekanntermassen solide Verankerung der beiden Grossparteien in der Wählerschaft motivierte zudem in Liechtenstein nicht sonderlich zu einer intensiveren Wahlforschung, da man von sehr starken Parteibindungen ausging und die Parteifunktionäre mindestens bis zur Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1984 der Meinung waren, dass sie das Wahlverhalten ziemlich exakt kannten. Im Jahr der Grün-

3 Siehe insbesondere Waschkuhn 1994; Michalsky 1990a, 1990b.

4 Kellenberger 1996.

5 Marxer 2004a; Marxer / Pällinger 2007, 2009; Marcinkowski / Marxer 2010; Pällinger 2006; i.Vorb.; Pällinger u. a. 2007.

6 Scheiber 1967.

7 Wille 1981; Quaderer-Vogt 1996; Geiger 1997. Ebenfalls zu erwähnen die anekdotisch illustrierte Übersicht von Gassner 1984.

8 Waschkuhn 1994; Batliner 1993.

9 Näscher 1993, 1997, 2001, 2005, 2009.

derung des Liechtenstein-Instituts 1986 trat mit der Freien Liste (FL) zum wiederholten Mal eine neue Partei neben den beiden traditionell dominanten Volksparteien Vaterländische Union (VU) und Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) zu den Landtagswahlen an. Aber wie bei allen früheren Versuchen konnte auch sie in den ersten Anläufen keine Mandate erobern. Die traditionellen Parteibindungen prägten das Wahlverhalten weiterhin massgeblich. Die Gründung der FL fiel allerdings in eine Zeit starker Modernisierung, kognitiver Mobilisierung und kultureller Öffnung und damit einhergehend auch einer Lockerung der Parteiidentifikationen. Dies wiederum machte die Volatilität im Wahlverhalten wahrscheinlicher. Aus wissenschaftlicher Perspektive wurde es daher zunehmend lohnend, die Wahlmotive und das Wahlverhalten des Elektorates zu analysieren.

Eine empirisch fundierte, politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Landtagswahlen in Liechtenstein begann erst mit den Wahlen von 1997 unter der Leitung des Autors dieses Beitrages. Das Liechtenstein-Institut zeigte sich von Anfang an interessiert an dieser Forschung und wurde mit den Jahren zur Trägerinstitution für die liechtensteinische Wahlforschung. Die neu initiierte, empirisch ausgerichtete liechtensteinische Wahlforschung orientierte sich von Beginn an an den international etablierten politikwissenschaftlichen Standards. Insbesondere sollte mittels Nachwahlbefragung eine Datenbasis für Wahlanalysen gelegt werden. Bei den folgenden Landtagswahlen von 2001, 2005 und 2009 wurde methodisch vergleichbar vorgegangen wie bei den Wahlen 1997, sodass inzwischen eine Datenreihe vorliegt, die zu Längsschnittanalysen einlädt.

Dem bescheidenen personellen Ausbaustand der Politikwissenschaft in Liechtenstein entsprechend, konnten jedoch die einzelnen Landtagswahlen nicht immer mit der gleichen Intensität analysiert werden. Nach einer ersten grundlegenden und umfangreichen Arbeit zu den Wahlen 1997¹⁰ wurden bei den Folgewahlen jeweils nur noch Überblicksdarstellungen erarbeitet oder vertiefende Analysen zu singulären Aspekten vorgenommen.¹¹ Die Daten stehen dennoch für Sekundärauswertungen zur Verfügung und können von Forschenden – auch ausser-

10 Marxer 2000.

11 Vgl. etwa Marxer 2005a, 2005b, 2009a.

halb des Liechtenstein-Instituts – genutzt werden, wie dies etwa im Rahmen einer Lizentiatsarbeit zu den Wahlen 2009 der Fall war.¹² Neben Publikationen in Buch- und Beitragsform oder Medienberichten stellen auch mündliche Präsentationen der Umfrageergebnisse – etwa anlässlich von Vorträgen bei den verschiedenen Parteien im Anschluss an die Wahlen, weiteren Vorträgen und Vorlesungsreihen am Liechtenstein-Institut oder bei Bildungsveranstaltern – einen Weg zur Dissemination der Forschungsergebnisse dar.

Die Finanzierung der Umfragen war nicht immer einfach.¹³ Da unabhängig von der Einwohnerzahl eines Landes für eine statistisch fundierbare Analyse eine Mindestzahl an Interviews erforderlich ist, sind die Gestehungskosten für einen kleinen Staat wie Liechtenstein überproportional hoch. Das Problem der finanziellen Förderung stellte sich in jedem Einzelfall wieder neu, zumal Liechtenstein bislang nicht über einen für die Forschung allgemein zugänglichen Forschungsfonds verfügt. Damit ist die Fortsetzung der Nachwahlbefragungen vom Engagement der Promotoren sowie dem Goodwill von Geldgebern abhängig. Eine langfristige Ausrichtung ist gegenwärtig nicht gesichert, aber durch das Engagement des Liechtenstein-Instituts immerhin nicht ganz gefährdet.

Wahlforschung international

Die moderne Wahlforschung wurde in den 1940er Jahren in den Vereinigten Staaten von Amerika mit ersten systematischen Wählerbefragungen von Lazarsfeld et al. eingeläutet und darauf basierend der sozialstrukturelle Erklärungsansatz entwickelt.¹⁴ Zentraler Befund dieser Pionierforschung war, dass das Wahlverhalten stark schichtspezifisch geprägt ist, somit also die soziostrukturelle Verankerung in bestimmten gesellschaftlichen Milieus mit hoher Wahrscheinlichkeit die Wahl bestimmter Par-

12 Potolidis 2009.

13 Die Umfrage von 1997 wurde von der Peter-Kaiser-Stiftung finanziert, 2001 stammte der Grossteil der Unterstützung von der Regierung. 2005 und 2009 wurde die Hauptlast vom Liechtenstein-Institut getragen.

14 Lazarsfeld u. a. 1944. Übersicht über die soziologischen Wahltheorien bei Schoen 2005.

teien determiniert. Später wurde diese Wahltheorie weiter verfeinert, indem spezifische Trennlinien in der Gesellschaft, sogenannte «Cleavages», als prägend für die Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft und den Wahlentscheid angesehen wurden. Als solche Cleavages wurden die Gegensätze von Stadt und Land, von konfessionellen Ausrichtungen, ethnisch-regionale Differenzen und der Gegensatz von Kapital und Arbeit beziehungsweise Bürgertum und Arbeiterschaft identifiziert.¹⁵

Eine theoretische Gegenposition formulierte Downs mit dem «rational-choice»-Ansatz, auch unter dem Begriff des ökonomischen Wählens bekannt.¹⁶ Demnach beurteilen die Wählerinnen und Wähler die Parteien und deren Leistungen sowie die zu erwartende Performanz aus einer individuellen, nutzenorientierten Perspektive, insofern also auch von Wahl zu Wahl wieder neu. Der Wahlentscheid wird gemäss dieser Wahltheorie nach utilitaristischen Gesichtspunkten getroffen, also rational und ökonomisch, vom zu erwartenden Vorteil bestimmt. Je nach Perspektive stellt sich die Theorie des rationalen Wählens unterschiedlich dar. Während die einen den Rückblick auf die vergangenen Leistungen der Parteien hervorheben (Fiorina u. a.), entwerfen andere ein Bild des Wählers als «Konsument», welcher bei Wahlen das beste Parteienangebot herauspicks (Himmelweit u. a.), oder als «Investor», der die zu erwartenden Leistungen der Parteien stärker gewichtet (Popkin u. a.).¹⁷

Schliesslich wurde mit dem sozialpsychologischen Ansatz die dritte bedeutende Theorie des Wählerverhaltens entwickelt.¹⁸ Demnach bildet sich bei den Menschen in der Sozialisationsphase der Jugendzeit und des jungen Erwachsenenalters eine Parteipräferenz heraus, die vor allem vom familiären Umfeld und vom Milieu geprägt ist. In einem Verdichtungsprozess, dem sogenannten «funnel of causality», werden auf dieser Grundlage Kandidaten und Programme der Parteien evaluiert, wobei aus einem Mix dieser langfristigen (Parteiidentifikation) und kurzfristigen Faktoren (Kandidaten- und Sachorientierung) ein konkreter Wahlentscheid resultiert.

15 Lipset / Rokkan 1967.

16 Downs 1957. Übersicht über die ökonomische Wahltheorie bei Arzheimer / Schmitt 2005, Schloeth 1998.

17 Ausführlicher bei Schloeth 1998, 162–169.

18 Campbell u. a. 1960. Übersicht über die sozialpsychologische Wahltheorie bei Schoen / Weins 2005.

Datengrundlage zur Bestätigung oder Widerlegung all dieser Theorien waren im Wesentlichen Befragungen von Wählerinnen und Wählern. Die Wahlforschung hat fruchtbare Kontroversen zwischen den Anhängern der verschiedenen Wahltheorien hervorgebracht, nicht nur in der amerikanischen, empirisch orientierten Politikwissenschaft, sondern mit zeitlicher Verzögerung auch im deutschsprachigen Raum. Bedeutende Promotoren auf dem Weg zur heute hoch entwickelten und methodisch immer weiter elaborierten Wahlforschung waren in Deutschland Falter (1989), Kaase u. a. (1990, 1998), Klingemann u. a. (1994), Kühnel u. a. (2009), Gabriel u. a. (2009) und viele weitere mit ihren Analysen, methodischen Anleitungen sowie Sammelbänden zu Bundestagswahlen. Erst Mitte der 1990er Jahre konnte auch die schweizerische Politikwissenschaft an den sich international etablierenden Forschungsstand anknüpfen und seitdem die schweizerischen Bundeswahlen regelmäßig und systematisch wissenschaftlich begleiten. Es entwickelte sich eine gewinnbringende Zusammenarbeit verschiedener Universitäten sowie eine damit einher gehende Publikationstätigkeit mit Analysen der Wahlgänge von 1995, 1999, 2003 und 2007 in Sammelbänden und Einzelstudien (Farago 1995; Kriesi u. a. 1998; Sciarini u. a. 2003; Selb u. a. 2004; Lutz 2008).

Für Kontinuität in der Wahlforschung sorgen dabei in der Schweiz aktuell die langfristig orientierten «Swiss Electoral Studies» (selects), in Deutschland die «German Longitudinal Electoral Studies» (GLES), die für die Wahlgänge 2009 bis 2017 (derzeitiger Bewilligungsstand) die bisherigen Bundestagswahlstudien abgelöst haben.¹⁹ In Österreich entwickelte sich die Unterstützung und institutionelle Absicherung der Wahlforschung eher schleppend, generierte zunächst singuläre Studien (Müller u. a. 1995; Plasser u. a. 2000), konnte aber mittels Förderung des Wissenschaftsfonds seit 2008 auf solide Basis gestellt werden. Die Federführung liegt bei der Universität Innsbruck (Plasser).

19 Im Rahmen der Vorlesungsreihe «Wahlforschung national und international – Bilanz und Perspektiven» im November 2009 wurden am Liechtenstein-Institut die Forschungsprogramme der Schweiz und Deutschlands dem interessierten Publikum in Liechtenstein vorgestellt. Bernhard Wessels referierte über die Wahlforschung international und in Deutschland, namentlich die «Comparative Study of Electoral Systems» (CSES) und die «German Longitudinal Electoral Studies» (GLES). Georg Lutz berichtet über die Erfahrungen und Befunde aus den «Swiss Electoral Studies» (selects).

Neben den nationalen Traditionen der Wahlforschung in den einzelnen Ländern spielt bei der Entwicklung von Forschungsdesigns seit Mitte der 1990er Jahre die international koordinierte Wahlforschung unter dem Forschungstitel «Comparative Study of Electoral Systems» (CSES) eine bedeutende Rolle. Zentral ist dabei die Standardisierung von Fragenmodulen bei Nachwahlbefragungen, welche Vergleiche zwischen unterschiedlichen Staaten zulässt. Die Daten werden methodisch möglichst einheitlich erhoben, an einem zentralen Ort archiviert und für die Forschung frei zugänglich gemacht. Ferner werden für die angeschlossenen Staaten auch Basisinformationen zum politischen System, insbesondere auch zum Wahlsystem, gesammelt. Die Fragenmodule werden periodisch überprüft und weiterentwickelt, wobei ein Kernbestand an unveränderten Fragen bleibt. Nach den Modulen der ersten (1996 bis 2001) und der zweiten Phase (2001 bis 2006) ist inzwischen das dritte Modul (2006–2011) in Anwendung. Die Zahl der teilnehmenden Staaten konnte in dieser Zeit von rund 30 auf über 50 erhöht werden.

In Liechtenstein werden, wie erwähnt, wissenschaftlich motivierte Nachwahlumfragen seit den Landtagswahlen 1997 durchgeführt. Im Rückblick war dies aus verschiedenen Gründen ein günstiger Zeitpunkt für den Einstieg in die empirisch orientierte Wahlforschung. Zum einen konnte damit von Anfang an auf die Vorlagen der CSES zurückgegriffen werden. Bei der Konzeption jeder liechtensteinischen Nachwahlbefragung werden die jeweils aktuellen Module der CSES konsultiert. Zwar werden einige liechtensteinische Besonderheiten in die Fragebogen eingearbeitet, das Kerngerüst orientiert sich jedoch an den internationalen Vorgaben, um eine Vergleichbarkeit grundsätzlich zu gewährleisten. Zum anderen markiert das Jahr 1997 das Ende einer fast 60-jährigen gemeinsamen Regierungskoalition von FBP und VU. Die erste Nachwahlumfrage steht somit noch in der Tradition der grossen Koalition, während anschliessend je eine vierjährige Periode einer Alleinregierung der VU beziehungsweise der FBP folgte, ehe 2005 wieder eine Koalition zwischen den beiden traditionellen Volksparteien gebildet wurde.

Die Umfragen zu den Landtagswahlen sind jeweils als Nachwahlbefragung konzipiert und werden in Form von computergestützten Telefoninterviews (CATI) von einem professionellen schweizerischen Meinungsforschungsinstitut durchgeführt. Die Stichprobe beträgt rund 800 Befragte, wobei als Auswahlkriterium die Wahlberechtigung gilt. Es werden sowohl diejenigen, die an den Wahlen teilgenommen haben, wie

auch die Wahlabstinenten befragt. Die durchschnittliche Interviewdauer beträgt rund zwanzig Minuten. Bei den bisherigen Umfragen wurde entweder ein Random-Random oder ein Random-Quota-Auswahlverfahren angewendet.²⁰ Die Datensätze liegen im SPSS-Format vor und können mittels dieser Statistik-Software ausgewertet werden.

Im Rahmen eines Beitrags für eine Jubiläumsschrift kann nicht auf alle Befunde der bisherigen Wahlforschung eingegangen werden. Die Darstellung, die den Zeitraum des Liechtenstein-Instituts abdecken soll und damit im Jahr 1986 mit den ersten Wahlen nach der Einführung des Frauenstimmrechts beginnt, muss sich auf einige wenige Fakten und Entwicklungen beschränken. Dabei können neben Aggregatdaten – also Daten aus den amtlichen Wahlstatistiken – ab 1997 auch Umfragedaten herangezogen werden.

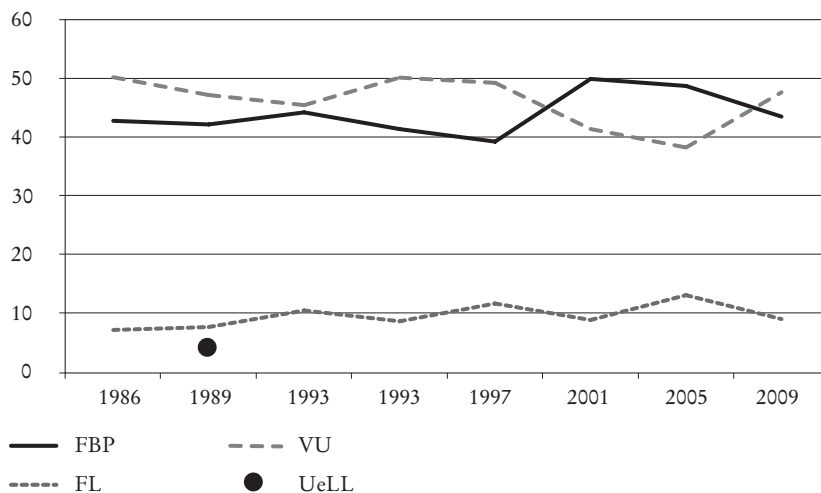
Wahlergebnisse

Die beiden Grossparteien VU und FBP liefern sich bis in die Gegenwart ein relativ enges Kopf-an-Kopf-Rennen bei Landtagswahlen. In der beobachteten Periode seit 1986 betrug die Stimmendifferenz zwischen der VU und der FBP maximal 10,5 Prozent (2005), minimal nur 1,2 Prozent (Frühjahr 1993). Die meiste Zeit wurde das seit 1938 gepflegte System einer gemeinsamen Regierungskoalition fortgeführt. Die jeweils mandatsstärkere der beiden Parteien beansprucht dabei die Führung und die Mehrheit in der Regierung. Bis 1970 fiel diese Rolle der FBP zu, danach kam es zu mehreren Wechseln.

1986 dauerte die seit 1978 bestehende VU-Mehrheit mit Regierungschef Hans Brunhart noch an und endete erst im Frühjahr 1993. Der Sieg der FBP bei diesen Wahlen mit dem neuen Regierungschef Markus Büchel leitete allerdings keinen langfristigen Umschwung ein, da nach der Entlassung von Regierungschef Büchel und den vorgezogenen Neu-

20 Beim Random-Random-Verfahren wird eine Zufallsstichprobe der Haushalte gemäss Telefonbuch getroffen, anschliessend eine Zufallsauswahl im betreffenden Haushalt. Beim Random-Quote-Verfahren werden gemäss der Zufallsstichprobe der Haushalte Interviews durchgeführt, bis die vorher definierte Quote (Geschlechterverteilung, Altersverteilung, regionale Verteilung) voll ist. Danach werden nur noch Interviews mit Personen durchgeführt, die zu den noch nicht besetzten Quoten passen.

Abbildung 1: Stimmenanteile der Parteien bei Landtagswahlen 1986 bis 2009 (in Prozent)



wahlen die VU bereits im Herbst 1993 wieder mit Regierungschef Mario Frick die Führung übernahm. Nach einer erneuten Wahlniederlage 1997 zog die FBP die Konsequenzen und begab sich in die Opposition, sodass die VU mit Mario Frick an der Spitze eine Alleinregierung stellte. Vier Jahre später unterlag die VU und begab sich nun ihrerseits in die Opposition, sodass nun die FBP mit Regierungschef Otmar Hasler alleine regierte. Nach den Wahlen 2005 wurde wieder auf das traditionelle und bewährte Modell einer gemeinsamen Regierungskoalition umgeschwenkt, zunächst mit Otmar Hasler an der Spitze, nach dem Wahlsieg der VU 2009 mit Regierungschef Klaus Tschüscher.

Die in diesem Beitrag betrachtete Periode seit 1986 beginnt mit dem Einstieg der FL in die liechtensteinische Politik. Nachdem es bereits in früheren Perioden erfolglose Versuche von Parteien gegeben hatte, in die Hegemonie von VU und FBP einzubrechen, entstand im Zuge neuer sozialer Bewegungen die FL als Sammelbecken diverser Strömungen mit feministischen, ökologischen, entwicklungspolitischen und ähnlichen Stossrichtungen und kritischen Haltungen. Trotz beachtlichem Anfangserfolg mit knapp über 7 Prozent der Stimmen scheiterte die Partei an der bis heute gültigen 8-Prozent-Sperrklausel. In den nachfolgenden

Tabelle 1: Mandate der Parteien bei Landtagswahlen und Regierungsbildung (1982 bis 2009)

Wahl	VU	FBP	FL	Regierung	Regierungschef
1982	8	7	0	VU-FBP	Hans Brunhart
1986	8	7	0	VU-FBP	Hans Brunhart
1989	13	12	0	VU-FBP	Hans Brunhart
1993a	11	12	2	FBP-VU	Markus Büchel
1993b	13	11	1	VU-FBP	Mario Frick
1997	13	10	2	VU	Mario Frick
2001	11	13	1	FBP	Otmar Hasler
2005	10	12	3	FBP-VU	Otmar Hasle
2009	13	11	1	VU-FBP	Klaus Tschüscher

Wahlgängen übertraf sie das Anfangsergebnis, zog erstmals 1993 bei den Frühjahrsahlen in den Landtag ein, erlebt seitdem ein Auf und Ab mit einem Maximum von 13 Prozent und drei Mandaten bei den Wahlen 2005, aber einem herben Rückschlag bei den Wahlen 2009 auf 8,9 Prozent Stimmenanteil und einem einzigen verbleibenden Landtagsmandat.

Die Wahlgeschichte seit 1986 ist also gekennzeichnet von zunehmender Parteienkonkurrenz um Stimmen und Mandate. 1989 trat erstmals und bisher auch das einzige Mal eine vierte Partei zu den Landtagswahlen an. Die Überparteiliche Liste erreichte indes lediglich 3,16 Prozent der Stimmen, scheiterte also deutlich an der Sperrklausel.

Meistens wäre rechnerisch sogar jeweils die Alleinregierung der VU oder FBP möglich gewesen, da ausser nach den Frühjahrsahlen 1993, den Wahlen 2005 und 2009 (bis zum Parteiaustritt eines VU Abgeordneten im Frühjahr 2011) eine der beiden Parteien über die absolute Mehrheit verfügte.

Personalisierung

Landtagswahlen sind indirekt auch Regierungswahlen. Das zeigt sich nicht nur visuell in der Berichterstattung der Zeitungen vor den Wahlen, an der prominenten Platzierung der Regierungsvertreter in den Parteizeitungen – auch ausserhalb von Wahlzeiten –, an den Plakatierungen in den Wahlkämpfen und an der Werbung mit den Regierungsaspiranten in

Tabelle 2: Wahlgründe bei der Parteienwahl 1997 bis 2009 (in Prozent)

	1997	2001	2005	2009
<i>Tradition</i>				
– VU	25,3	35,8	45,1	27,8
– FBP	45,8	36,5	32,0	37,5
– FL	8,3	12,4	18,4	15,8
<i>Programm</i>				
– VU	10,7	12,2	15,6	13,7
– FBP	11,8	16,6	15,2	11,6
– FL	55,2	49,4	33,8	45,3
<i>Landtagsteam</i>				
– VU	18,5	11,4	8,9	6,9
– FBP	29,8	7,9	4,7	11,6
– FL	27,1	4,5	16,9	11,6
<i>Regierungsteam</i>				
– VU	43,5	30,3	14,8	39,7
– FBP	12,2	20,2	39,0	28,0
– FL*	[1,0]	[2,2]	[5,9]	3,2
<i>Weiss nicht, keine Angabe, andere Gründe</i>				
– VU	2,1	10,3	15,6	11,9
– FBP	0,4	18,8	9,1	11,2
– FL	8,3	31,4	25,0	24,2

* Die Freie Liste stellte nur 2009 einen Kandidaten und eine Kandidatin für die Regierung auf.

den Wahlprospekten der Parteien. Es zeigt sich ebenso an den Umfrageergebnissen. Wenn man danach fragt, welches die wichtigsten Gründe für die Wahl einer Partei waren, rangiert bei den beiden Grossparteien das Regierungsteam weit vor dem Landtagsteam, obwohl nur die Landtagsabgeordneten direkt gewählt werden können. Die Zuspitzung auf einzelne Exponenten – in diesem Fall auf das Regierungsteam oder noch spezifischer auf den Regierungschef-Kandidaten – entspricht einer Personalisierungstendenz, die in den vom Einfluss der medialen Kommunikation geprägten westlichen Demokratien generell festzustellen ist.²¹

21 Vgl. Beiträge in Marcinkowski / Pfetsch 2009.

Für die Parteien bedeutet dies eine Chance ebenso wie eine Gefahr. Die Zugkraft des Regierungsteams, allen voran des Regierungschefkandidaten, ist beachtlich. Während 1997 bei VU und FBP das Landtagsteam noch bei rund 20 bis 30 Prozent der Wähler/innen den Ausschlag gab, diese Partei zu wählen, sank dieser Anteil bei den Folgewahlen beträchtlich. Das Regierungsteam stellt meistens einen viel wichtigeren Wahlgrund dar. Je nach Ausstrahlung und Akzeptanz der Spitzenkandidaten, deren Sympathiewerte in den Nachwahlbefragungen ebenfalls erhoben werden (hier nicht dargestellt), sind starke Schwankungen feststellbar. Bei der VU variiert das Regierungsteam als Wahlgrund gemäss Selbstdeklaration der Wähler/innen zwischen 43,5 Prozent (1997) und 14,8 Prozent (2005), bei der FBP zwischen 39,0 Prozent (2005) und 12,2 Prozent (1997). Die Attraktivität des eigenen Regierungsteams sinkt mit steigender Attraktivität des gegnerischen Regierungsteams, mit anderen Worten: Des einen Aufstieg ist des andern Niedergang. Das mussten sowohl Regierungschef Mario Frick (VU) bei den Wahlen 2001 wie auch Regierungschef Otmar Hasler bei den Wahlen 2009 erfahren.

Es ist bemerkenswert, dass in den letzten 40 Jahren in Liechtenstein kein Wechsel an der Spitze der Regierung freiwillig verlief. Seit 1970 und dem damaligen Wahlsieg der VU hat der amtierende Regierungschef jeweils erst nach einer Wahlniederlage oder – wie im Falle von Markus Büchel 1993 – nach einer Amtsenthebung sein Amt aufgegeben. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass die retrospektive Beurteilung der Leistung einer Regierung stark in die Wahlüberlegungen einfließt.

Parteibindung und Volatilität

Die bisherigen Untersuchungen zum Wahlverhalten in Liechtenstein haben gezeigt, dass die Parteibindungen im internationalen Vergleich nach wie vor ausgesprochen stark sind. Die Parteidentifikation wird häufig noch von einer Generation auf die nächste «vererbt» und prägt das Wahlverhalten immer noch entscheidend. Bei den am CSES-Projekt beteiligten Staaten beträgt der Anteil an Wähler/innen, die sich einer bestimmten Partei normalerweise näher fühlen als den anderen, zwischen 30 und 60 Prozent, mit wenigen Ausreißern nach oben. Im Modul 2001 bis 2006 beträgt der Mittelwert aller umfragebeteiligten Staaten 43 Pro-

Tabelle 3: Parteibindungen im internationalen Vergleich – «Fühlen Sie sich normalerweise einer Partei näher als den anderen?» (in Prozent)

	LIE 2009	AUS 2007	NOR 2005	DEU 2005	ISR 2006	JAP 2007	SUI 2007	SWE 2006
«Ja»	69.4	82.5	47.2	44.6	44.3	41.6	42.5	36.2

Quelle: CSES; *Selects 2010*; *Nachwahlumfrage Liechtenstein*.

zent. In Liechtenstein geben bei den Nachwahlumfragen zwischen 73 (1997) und 69 Prozent (2009) eine Bindung zu einer bestimmten Partei an. In den CSES-Umfragen des Moduls 2006 bis 2011 ragt insbesondere Australien mit einem hohen Anteil Parteigebundener heraus. In den anderen, in der Tabelle 3 erfassten Staaten beträgt der Anteil zwischen knapp 40 und 50 Prozent.

Bei den abgefragten hauptsächlichen Wahlmotiven spielt dementsprechend in Liechtenstein die Parteibindung eine herausragende Rolle, insbesondere bei den grossen Volksparteien. Aber auch bei den Wähler/innen der FL nimmt der Anteil derer, die diese Partei bereits gewohnheitsmässig wählen, tendenziell zu. Dies spricht für die Erklärungskraft der sozialpsychologischen Wahltheorie. Komplexere Analysen der Datensätze aus den Wahlumfragen (Marxer 2000) bestätigen den Befund, dass der sozialpsychologische Ansatz das Wahlverhalten in Liechtenstein am besten erklärt.

Der soziologische Erklärungsansatz erweist sich dagegen im liechtensteinischen Kontext als wenig tauglich, da die beiden Volksparteien eine weitgehend identisch strukturierte Wählerschaft aufweisen, die annähernd die gesamte Bandbreite der Bevölkerung repräsentiert. Auch die Parteiengeschichte widerspricht der soziologischen Wahltheorie, da sich keine Parteidifferenzierung entlang der in der Wahltheorie definierten gesellschaftlichen Konfliktlinien zeigt. Die ursprünglichen moderaten Unterschiede der beiden Grossparteien sind seit dem Zweiten Weltkrieg nahezu vollständig nivelliert. Etwas anders stellt sich die Lage bei der FL dar, die ein Ausdruck der neuen sozialen Bewegung ist und damit das reflektiert, was Inglehart (1977, 1984) als stille Revolution bezeichnete und als neue Cleavage-Struktur entlang der Materialismus-Postmaterialismus-Dimension identifizierte.

Die ökonomische Wahltheorie ist vor dem Hintergrund der anhaltenden Effektivität der Parteibindungen in Liechtenstein ebenfalls wenig erklärungskräftig. Die in Tabelle 2 weiter oben ausgewiesene Bedeutung der Wahlprogramme für den individuellen Wahlentscheid unterstreicht dies. Nur rund 10 bis 15 Prozent der Wähler/innen der VU und der FBP geben bei den verschiedenen Wahlbefragungen das Wahlprogramm als Hauptgrund für die Wahl dieser Parteien an. Detailliertere Datenanalysen, die hier nicht weiter ausgeführt werden können, bestätigen diesen Befund. Bei der FL beträgt dieser Wert je nach Wahl zwischen 33 und 55 Prozent, sodass in diesem Fall eher von einem Wahlverhalten gemäss der Theorie des rationalen Wählens gesprochen werden kann.

Wechselwahlverhalten

Bei den grossen Volksparteien beeinflussen, wie gesehen, in erster Linie die Parteibindungen, in zweiter Linie die Kandidierenden – insbesondere auf Ebene Regierung – und erst nachrangig das Wahlprogramm den Wahlentscheid. Das heisst nun allerdings nicht, dass unterschiedliche Leistungen der Vergangenheit und programmatische Vorstellungen zur Zukunftsgestaltung bedeutungslos wären. Zwar stellen wir bei der Analyse der Parteibindungen und des Wahlverhaltens fest, dass rund 70 Prozent der Wähler/innen Parteibindungen aufweisen und in der Regel immer die gleiche Partei wählen. Entscheidend für den Wahlausgang sind aber weitgehend die Wählerinnen und Wähler ohne Parteiidentifikation. Dieses volatile Segment der potentiellen Wechselwähler/innen ist in der langfristigen Tendenz hier wie anderswo wachsend und beträgt in Liechtenstein derzeit rund 30 Prozent. Bei diesen Volatilen fällt das Gewohnheitsmotiv bei der Wahl einer bestimmten Partei weg, sodass die vergangenen Leistungen der Parteien, die Attraktivität der Kandidierenden, der überzeugende Auftritt im Wahlkampf, das programmatische Versprechen für die Zukunft, somit also die Kandidaten- und Sachorientierung, eventuell auch noch internationale Ereignisse oder spezifische Eliteempfehlungen den Ausschlag für den Wahlentscheid geben. Da das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Grossparteien in Liechtenstein eng ist, genügt bereits ein massvoller Parteienwechsel dieser Wählergruppe, um das Mehrheitsverhältnis zwischen den beiden Grossparteien zu kippen. Falls keine Partei die absolute Mehrheit erreicht (Frühjahr 1993 und

2005), kann die FL ausserdem zum «Zünglein an der Waage» werden und theoretisch sowie allenfalls auch praktisch zur Mehrheitsbeschafferin aufsteigen. Ihr droht aber bei volatiltem Wahlverhalten auch der komplette Mandatsverlust. Mit 8,9 Prozent der Stimmen meisterte sie 2009 die 8-Prozent-Hürde nur knapp.

Bei angestauter Unzufriedenheit können sich selbst relativ treue Parteiwählerinnen und -wähler von ihrer angestammten Partei abwenden. Dies trifft besonders dann zu, wenn eine Grosspartei in der Hauptregierungsverantwortung steht und daher besonderer Kritik ausgesetzt ist. Die Schwelle zum Parteienwechsel ist mit schwächer werdenden Parteibindungen gesunken. Von solchen Wähler/innen hat beispielsweise die FBP 2001 starken Zulauf erhalten, da sich in der ablaufenden Regierungszeit von Regierungschef Mario Frick einige Problembereiche angehäuft hatten. Die FL fungiert in diesem Wählertransfer besonders häufig als eine Art Drehscheibe: Unzufriedene ehemaliger Wähler/innen der VU und der FBP wählen aus Protest oftmals lieber die FL als die traditionelle Konkurrenzpartei – oder sie gehen gar nicht zur Wahl. Entsprechend höher ist die Wählerfluktuation bei der FL. Während die VU und die FBP beachtliche Wiederwahlquoten von 80 bis über 90 Prozent aufweisen, geben in den Nachwahlumfragen nur rund 70 bis 80 Prozent der Wähler/innen, die bei den vorangegangenen Wahlen FL gewählt hatten, an, diese Partei wieder gewählt zu haben. Die FL gewinnt bei den Wahlen in Relation zu ihrer Grösse jeweils überdurchschnittlich viele Stimmen von anderen Parteien dazu, sie verliert aber auch immer überdurchschnittlich viele Stimmen.

Die Wirksamkeit der Parteibindungen kann nur sehr beschränkt mit ideologischen Positionen der Parteien erklärt werden. Vielmehr resultiert sie bei den beiden etablierten Grossparteien aus der Tradition. Die ideologischen Unterschiede sind tatsächlich gering. Das Parteienspektrum präsentiert sich insgesamt als quantitativ und qualitativ wenig pluralistisch und stark auf die politische Mitte hin orientiert. Selbst die FL besetzt gemäss Wahlprogrammanalysen²² wie auch gemäss Befragung der Wählerinnen und Wähler keine extremen Linkspositionen. Eine klar deklarierte Rechtspartei oder rechtspopulistische Partei fehlt gänzlich. Die Häufung in der politischen Mitte äussert sich auch in der

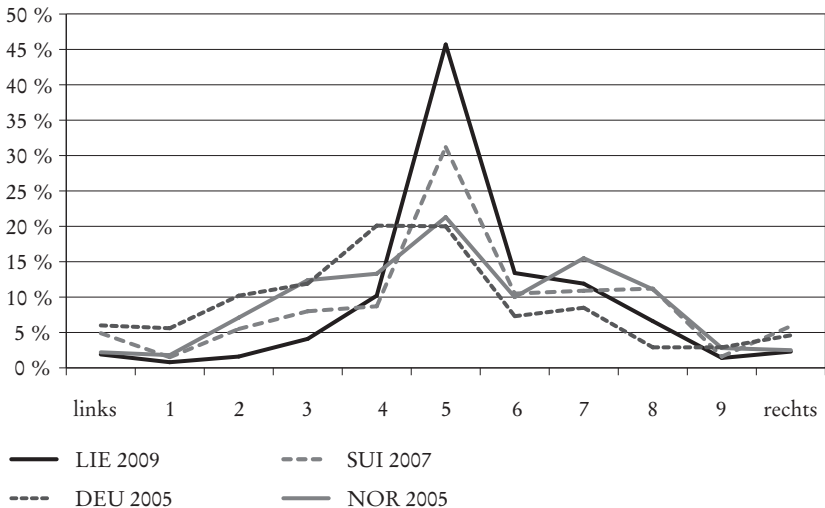
22 Marxer 2009b.

Tabelle 4: Wiederwahlquoten bei Landtagswahlen 1997 bis 2009 (in Prozent im Vergleich zur Vorwahl)

	1997	2001	2005	2009
– VU	93,4	79,2	85,2	93,2
– FBP	85,7	96,1	90,9	83,2
– FL	81,5	74,0	80,5	75,0

Quelle: Nachwahlumfragen. Legende: 93,4 Prozent der Wähler/innen, die 1993 VU gewählt haben, haben 1997 wieder VU gewählt.

Abbildung 2: Links-Rechts-Selbsteinstufung 2009 – «Links und Rechts sind Begriffe, die in der Politik häufig gebraucht werden [...] Sie selbst, wo würden Sie sich auf dieser Skala einordnen?» (Total = 100 Prozent)



Quelle: CSES; Nachwahlumfrage Liechtenstein.

Selbstdeklaration der Wählerinnen und Wähler. In den Nachwahlumfragen – in Abbildung 2 sind die Antworten der Umfrage von 2009 dargestellt – positioniert sich fast die Hälfte der Befragten beim mittleren Skalenwert auf der Links-Rechts-Achse. Kaum jemand sieht sich auf den Polen ganz links oder rechts. Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zu anderen Ländern. Selbst in der bekanntermassen politisch moderaten, konkordanten Schweiz zeigt sich eine breitere Verteilung nach links und

rechts, noch deutlicher in Deutschland und Norwegen, auf die wir uns aus Darstellungsgründen beschränken.

Frauenwahl

Seit der späten Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts 1984 wird bei Landtagswahlen jeweils mit Spannung verfolgt, wie die Frauen abschneiden. Dabei sah es lange Zeit alles andere als nach einer Erfolgsgeschichte aus. Kandidatinnen wurden häufiger als Kandidaten auf den Wahllisten gestrichen und sie bekamen weniger Sympathiestimmen von Wähler/innen anderer Parteien. Bei den Wahlen von 1986 bis zum Frühjahr 1993 schaffte es jeweils nur eine Frau in den Landtag, im Herbst 1993 waren es zwei, bei den Wahlen 1997 wiederum nur eine. Dieser Rückschlag veranlasste die Regierung, zusätzlich zu der erstmalig durchgeführten Nachwahlumfrage eine umfragebasierte Studie in Auftrag zu geben, die sich spezifisch mit dem unerwarteten Misserfolg der Frauen befassen sollte (Marxer 1997).

Es zeigte sich, dass mehr als zehn Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts nach wie vor viele Vorurteile gegenüber Frauen in der Politik vorhanden waren. Ihnen wurden weniger politische Kompetenzen und zu wenig politische Erfahrung attestiert und sie galten als zu wenig bekannt. Die Kandidatinnen selbst traten eher bescheiden auf und liessen häufig einen ausgeprägten Siegeswillen vermissen, wie sich in einer direkten Befragung herausstellte.

Ein Dauerthema war und ist die Frage, ob das Vorurteil zutrifft, dass vor allem die Wählerinnen für das schlechte Abschneiden der Kandidatinnen verantwortlich sind. In allen bisherigen Umfragen wurde dieses Vorurteil widerlegt. Bei den ersten Wahlgängen nach Einführung des Frauenstimmrechts waren bei den älteren und konservativen Wählerinnen und Wählern starke Vorbehalte gegenüber Kandidatinnen feststellbar, besonders ausgeprägt bei Männern, die sich 1984 immerhin mit fast 50 Prozent in einer Volksabstimmung gegen die Einführung des Frauenstimmrechts ausgesprochen hatten.

Das Bild von Frauen in der Politik hat sich seit der Einführung des Frauenstimmrechts gewandelt. Frauen sind heute in der Politik selbstverständlich und akzeptiert, quantitativ allerdings immer noch im Nachteil. Die Landtagswahlen 2005 und 2009 endeten jeweils mit sechs

Tabelle 5: Bevorzugte Frauenwahl nach Geschlecht 1997 bis 2009 (in Prozent)

	1997	2001	2005	2009
Wähler	11,6	16,4	25,5	13,7
Wählerinnen	23,3	30,8	41,7	29,5

Quelle: Nachwahlumfragen (nur gültige Angaben). Legende: 11,6 Prozent der Wähler gaben 1997 an, dass sie bei den Wahlen Frauen bevorzugt gewählt haben.

Tabelle 6: Anteil Wähler/innen, die Frauen bevorzugt gewählt haben, nach Altersklassen – 1997 bis 2009 (in Prozent)

	1997	2001	2005	2009
18 – 34 Jahre	16,8	17,4	22,6	16,7
35 – 49 Jahre	16,3	26,1	34,2	18,9
50 – 64 Jahre	20,9	25,3	42,0	25,4
65 + Jahre	17,5	23,2	38,4	27,4

Quelle: Nachwahlumfragen (nur gültige Angaben).

Frauen im Landtag (24 Prozent der Mandate). In der Regierung sind aktuell zwei von fünf Mitgliedern Frauen. Die Spitzenpositionen sind allerdings in Männerhand, sowohl das Amt des Regierungschefs wie auch des Landtagspräsidenten, ausserdem auch alle Vorsteherämter in den Gemeinden.

Im internationalen Vergleich bewegt sich der Frauenanteil im Parlament etwas unterhalb der Werte der anderen deutschsprachigen Länder (Schweiz 25, Deutschland 32, Österreich 34 Prozent), weit unterhalb der Werte skandinavischer Länder wie Norwegen (40 Prozent) und Schweden (45 Prozent), aber über den Werten von Italien, Frankreich, Grossbritannien und Luxemburg mit Frauenanteilen zwischen 12 und 20 Prozent (Stand 2009).

Trotz aller Teilerfolge ist der Weg für Frauen in der Politik noch steinig, die Wahlchancen sind deutlich schlechter als bei kandidierenden Männern (Marxer 2004b, 2005b). In der jüngeren Generation ist zudem die Sensibilität für Genderanliegen – insbesondere bei jungen Männern – kaum noch vorhanden, wie Daten aus der Nachwahlumfrage 2009 zeigen: Die Unterstützung von Frauen ist im Segment der 18- bis 34-Jährigen am geringsten, wobei dies besonders deutlich auf die jungen Män-

ner zutrifft. Es gibt also keine Garantie, dass der Aufstieg der Frauen in der liechtensteinischen Politik anhält und eine quantitative Gleichstellung in näherer Zukunft realisiert wird.

Demokratiezufriedenheit

Ein erfreuliches Ergebnis der Nachwahlbefragungen ist die Demokratiezufriedenheit in Liechtenstein. Fast 90 Prozent sind sehr oder eher zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Ähnlich hohe Werte wurden in Norwegen und Australien festgestellt. Die Schweiz liegt knapp darunter. Deutlich unzufriedener mit der Demokratie in ihrem Land sind die Bürgerinnen und Bürger in Schweden, Deutschland und Japan mit unter 50 Prozent Zufriedenen. In Israel sind es sogar nur 34 Prozent (Referenzwerte aus den CSES-Nachwahlbefragungen).

Weitere Hinweise auf Demokratiezufriedenheit lassen sich aus den Antworten ableiten, wie viel Vertrauen man in einzelne Institutionen setzt. Diese Frage wurde bei den liechtensteinischen Nachwahlumfragen 1997, 2005 und 2009 gestellt.

Ein Vergleich mit Daten aus Deutschland aus der allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) im Jahr 2002 gibt ein aufschlussreiches Bild: 41,0 Prozent der Befragten wiesen ein tiefes Vertrauen in den deutschen Bundestag (Parlament) auf, 29,2 Prozent gaben den mittleren Wert an, 29,8 Prozent signalisierten Vertrauen in den Bundestag. In der Schweiz haben immerhin rund 50 Prozent Vertrauen in den National- und Ständerat, also einen Zustimmungswert über dem mittleren Wert. Bei der Nachwahlumfrage 2009 in Liechtenstein waren es dagegen 79,2 Prozent. Nur 7,2 Prozent wiesen ein geringes Vertrauen in den Landtag auf, 13,6 Prozent ein mittleres Vertrauen. Seit Beginn der Nachwahlbefragungen im Jahr 1997 werden nur geringe Schwankungen festgestellt.

Ein ähnliches Bild mehrheitlicher Zufriedenheit zeigt sich bezüglich der Responsivität der Parteien. Während in Liechtenstein im Mittelwert der Nachwahlumfragen von 1997 bis 2009 mehr als 60 Prozent meinen, dass sich die Parteien darum kümmern, was das Volk möchte, lagen diese Werte in Vergleichsstaaten der CSES-Umfragen des Moduls 1996 bis 2001 zwischen 18 und 39 Prozent.

Ein Vergleich mit den Daten aus den schweizerischen Nachwahlumfragen bestätigt, dass sich die Wähler/innen in Liechtenstein relativ

Tabelle 7: Demokratiezufriedenheit – «Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie in [betreffendes Land]? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?» (in Prozent)

	LIE 2009	NOR 2005	AUS 2007	SUI 2007	SWE 2006	DEU 2005	JAP 2007	ISR 2006
sehr zufrieden	29,6	18,7	22,7	13,6	10,8	5,6	3,9	3,8
eher zufrieden	58,7	69,0	62,1	66,9	48,2	49,4	44,5	30,8
Summe «zufrieden»	88,3	87,7	84,8	80,5	59,0	55,0	48,4	34,6

Quelle: CSES; Nachwahlumfrage Liechtenstein.

Tabelle 8: Vertrauen in Institutionen – «Bitte sagen Sie mir jedes Mal, wie stark Sie der Institution vertrauen, wenn 0 «kein Vertrauen» und 10 «volles Vertrauen» heisst?» (Mittelwert aller gültigen Antworten)

	1997	2005	2009
Landtag	7,2	6,8	7,0
Gemeinderat	6,7	6,7	6,7
Regierung	7,1	6,4	7,0
Landesfürst	7,0	6,4	6,8

Quelle: Nachwahlumfragen.

Tabelle 9: Vertrauen in Institutionen – Vergleich Liechtenstein mit Deutschland (Bundestag) und Schweiz (Parlament bzw. National- und Ständerat)

		tiefes Vertrauen	mittleres Vertrauen	hohes Vertrauen
FL	Nachwahlumfrage 1997	5,8	15,2	78,9
FL	Nachwahlumfrage 2005	10,1	14,5	75,4
FL	Nachwahlumfrage 2009	7,2	13,6	79,2
D	ALLBUS 2002	41,0	29,2	29,8
CH	SELECTS 2003	13,9	22,4	63,7
CH	SELECTS 2007	16,3	23,5	60,3

Legende: Nachwahlumfragen Liechtenstein und Selects mit Skalenwerten 0 bis 10 (hier: 0–4 = tiefes Vertrauen; 5 = mittleres Vertrauen, 6–10 = hohes Vertrauen). ALLBUS Deutschland mit Skalenwerten 1 bis 7 (hier: 1–3 = tiefes Vertrauen, 4 = mittleres Vertrauen, 5–7 = hohes Vertrauen).

Tabelle 10: Responsivität der Parteien – «Es gibt Leute, die sagen, die Parteien kümmern sich darum, was das Volk möchte. Andere sagen, das ist ihnen egal. Was meinen Sie?» (in Prozent)

	1997–2009	Daten aus CSES 1996–2001					
	LIE	NOR	USA	SWE	AUS	JAP	DEU
Parteien kümmern sich	63	39	38	23	23	21	18

Quelle: CSES (zitiert nach Dalton / Weldon 2005, 934). Nachwahlumfragen Liechtenstein (Mittelwert).

Tabelle 11: Responsivität der Parteien – «Es gibt Leute, die sagen, die Parteien kümmern sich darum, was das Volk möchte. Andere sagen, das ist ihnen egal. Was meinen Sie?» (in Prozent)

		kümmern sich	weder-noch	ist das egal	weiss nicht / k.A.
CH	1995	42,3	12,7	42,8	2,2
CH	2007	25,9	41,2	29,2	3,5
FL	1997	69,6	17,2	13,3	0,0
FL	2001	58,4	18,1	21,3	2,3
FL	2005	57,2	22,0	19,8	1,0
FL	2009	66,8	15,8	13,8	3,8

Quelle: Selects; Nachwahlumfragen Liechtenstein.

ernst genommen fühlen. In der Schweiz ist der Anteil derjenigen, die meinen, dass sich Politiker um das Volk kümmern, zwischen 1995 und 2007 von 42 auf 26 Prozent gesunken, während der Anteil in Liechtenstein seit 1997 zunächst von 69 auf unter 60 Prozent gesunken, danach aber wieder auf knapp 67 Prozent gestiegen ist.

Schlussbemerkungen

Die mit den Landtagswahlen 1997 begonnene, politikwissenschaftlich motivierte Wahlforschung konnte bis zu den Wahlen 2009 fortgesetzt werden und im Ergebnis jeweils Datensätze von Nachwahlbefragungen sowie eine Reihe von Analysen liefern. Diese Forschungstradition sollte möglichst in die Zukunft fortgesetzt werden. Die Datenreihe erlaubt diachronische, international vergleichende Analysen, die in diesem Bei-

trag auszugsweise vorgestellt wurden. So zeichnet sich Liechtenstein durch einen vergleichsweise hohen Anteil an parteigebundenen Wähler/innen aus, was das Wahlverhalten stark prägt. In Kombination mit dem hohen Stellenwert der indirekten Regierungswahl und der damit einhergehenden Personalisierungstendenz bestätigt sich die sozialpsychologische Wahltheorie weitgehend. Der soziostrukturelle Erklärungsansatz findet hingegen keine empirische Grundlage, die Theorie des rationalen Wählens trifft nur auf Teilssegmente zu. Die relativ geringe Volatilität darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wechselwähler/innen den Ausgang der Wahlen und damit die Mehrheitsverhältnisse in Landtag und Regierung massgeblich bestimmen und daher besondere Aufmerksamkeit der Parteien verdienen.

Erfreuliche Erkenntnis aus den Wahlumfragen ist das relativ hohe Mass an Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Liechtenstein. Weniger optimal ist die Vertretung der Frauen in der Politik. Deren Wahlchancen haben sich zwar im Verlauf der Zeit verbessert, sie liegen aber immer noch deutlich unter denjenigen der Männer.

Hinsichtlich der Kontinuität in der professionellen Wahlforschung ist mit dem Liechtenstein-Institut als Trägerschaft je nach personeller und finanzieller Ausstattung eine gewisse Gewähr gegeben. Eine dauerhafte Unterstützung durch einen Forschungsfonds könnte aber zu einer langfristigen institutionellen Absicherung der Wahlforschung entscheidend beitragen.

Literatur

- Arzheimer, Kai; Schmitt, Annette (2005): Der ökonomische Ansatz. In: Falter, Jürgen W.; Schoen Harald (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 243–304.
- Batliner, Martin (1993): Die politischen Volksrechte im Fürstentum Liechtenstein. Fribourg: Institut du Fédéralisme Fribourg Suisse (Diss. iur. Publikationen des Instituts für Föderalismus, 8).
- Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren E.; Stokes, Donald (1960): *The American Voter*. New York: John Wiley & Sons.
- Dahl, Robert A. (1998): *On Democracy*. New Haven / London: Yale University Press.
- Dalton, Russell J.; Weldon, Steven A. (2005): Public Images of Political Parties: A Necessary Evil? In: *West European Politics*, Jg. 28, H. 5, S. 931–951.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.

Wahlverhalten und Wahlforschung in Liechtenstein seit 1986

- Falter, Jürgen W. (1989): Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Neuere Entwicklungen der Forschung. Frankfurt am Main: Lang (Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft, 5).
- Farago, Peter (1995): Wahlforschung in der Schweiz. In: Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft, Jg. 1, H. 4, S. 121–130.
- Gabriel, Oscar W.; Wessels, Bernhard; Falter, Jürgen W. (Hg.) (2009): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gassner, Arthur (1984): Politische Geschichte Liechtensteins. Unveröffentlichtes Typoskript. Mauren.
- Geiger, Peter (1997): Krisenzeit. Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928–1939 (2 Bände). Vaduz / Zürich: Verlag des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein / Chronos Verlag.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1984): The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society. In: Dalton, Russell J.; Flanagan, Scott C.; Beck, Paul Allen (Hg.): Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment? Princeton: Princeton University Press, S. 25–69.
- Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hg.) (1990): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hg.) (1998): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kellenberger, Ralph (1996): Kultur und Identität im kleinen Staat: das Beispiel Liechtenstein. Bonn: ARCult Media.
- Klingemann, Hans-Dieter; Kaase, Max (Hg.) (1994): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kriesi, Hanspeter; Linder, Wolf; Klöti, Ulrich (Hg.) (1998): Schweizer Wahlen 1995. Bern / Stuttgart / Wien: Paul Haupt.
- Kühnel, Steffen M.; Niedermayer, Oskar; Westle, Bettina (Hg.) (2009): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lazarsfeld, Paul F.; Berelson, Bernhard; Gaudet, Hazel (1944): The People's Choice. New York: Duell, Sloan and Pearce.
- Linder, Wolf (1999) Schweizerische Demokratie – Institutionen, Prozesse, Perspektiven. Bern. Haupt.
- Lipset, Seymour Martin; Stein, Rokkan (Hg.) (1967): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: The Free Press.
- Lutz, Georg (2008): Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: Selects-FORS.
- Marcinkowski, Frank; Marxer, Wilfried (2010): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und direkte Demokratie. Eine Fallstudie zur Verfassungsreform in Liechtenstein. Schaan: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.
- Marcinkowski, Frank; Pfetsch, Barbara (Hg.) (2009): Politik in der Mediendemokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Politische Vierteljahresschrift, Sonderh. 42).

- Marxer, Wilfried (1997): Landtagswahlen vom 2. Februar 1997: Wahlergebnis der Frauen. Resultate einer repräsentativen Volksbefragung und von schriftlichen Umfragen bei den Landtagskandidatinnen und den Ortsgruppenvorsitzenden der Parteien (inkl. Tabellenband). Herausgegeben von der Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Vaduz.
- Marxer, Wilfried (2000): Wahlverhalten und Wahlmotive im Fürstentum Liechtenstein. Diss. Univ. Zürich. Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.
- Marxer, Wilfried (2004a): Medien in Liechtenstein. Strukturanalyse der Medienlandschaft in einem Kleinstaat. Schaan: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, 37).
- Marxer, Wilfried (2004b): 20 Jahre Frauenstimmrecht – eine kritische Bilanz. Erweiterte Fassung eines Vortrages zur Jubiläumsveranstaltung «20 Jahre Frauenstimmrecht» am 26. Juni 2004 in Vaduz. Bendern. (Beiträge Liechtenstein-Institut, 19).
- Marxer, Wilfried (2005a): Einflüsse der Verfassungsabstimmung auf die Landtagswahlen 2005 – Thesen, Befunde, Interpretationen. Analysen zu den Landtagswahlen 2005 in Liechtenstein (II). Bendern. (Beiträge Liechtenstein-Institut, 31).
- Marxer, Wilfried (2005b): Wahlschancen von Frauen in der liechtensteinischen Politik. Analysen zu den Landtagswahlen 2005 in Liechtenstein (I). Bendern. (Beiträge Liechtenstein-Institut, 30).
- Marxer, Wilfried (2009a): Landtagswahlen 2009: Regierungsbildung und Wählerpräferenzen in Liechtenstein. Bendern. (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 23).
- Marxer, Wilfried (2009b): Manifesto Research – Forschungsbericht Liechtenstein (Stand 2009). Bendern. (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 25).
- Marxer, Wilfried; Pällinger, Zoltán Tibor (2007): System contexts and system effects of direct democracy – direct democracy in Liechtenstein and Switzerland compared. In: Pällinger, Zoltán Tibor; Kaufmann, Bruno; Marxer, Wilfried; Schiller, Theo (Hg.): Direct Democracy in Europe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Direct Democracy in Modern Europe, 1), S. 12–29.
- Marxer, Wilfried; Pällinger, Zoltán Tibor (2009): Stabilizing or destabilizing? Direct-democratic instruments in different political systems. In: Setälä, Maija; Schiller, Theo (Hg.): Referendums and Representative Democracy. Responsiveness, accountability and deliberation. London / New York: Routledge (ECPR Studies in European Political Science, 62), S. 34–55.
- Michalsky, Helga (1990a): Die Entstehung der liechtensteinischen Parteien im mitteleuropäischen Demokratisierungsprozess. In: Geiger, Peter; Waschkuhn, Arno (Hg.): Liechtenstein. Kleinheit und Interdependenz. Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, 14), S. 221–256.
- Michalsky, Helga (1990b): Handlungsbedingungen von Parteien im Kleinstaat Liechtenstein. In: Geiger, Peter; Waschkuhn, Arno (Hg.): Liechtenstein. Kleinheit und Interdependenz. Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, 14), Bd. 14, S. 257–275.
- Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hg.) (1995): Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994. Wien: Signum.
- Näscher, Gebhard (1993): Landtagswahlen 1993 vom 5./7. Februar 1993: Landtagswahlen in Zahlen. Typoskript. Bendern.
- Näscher, Gebhard (1993): Landtagswahlen 1993 vom 22./24. Oktober 1993: Landtagswahlen in Zahlen. Typoskript. Bendern.
- Näscher, Gebhard (1997): Landtagswahlen 1997 vom 31. 1./2. 2. 1997: Landtagswahlen in Zahlen. Typoskript. Bendern.

- Näscher, Gebhard (2001): Landtagswahlen 2001 vom 9./11. Februar 2001: Landtagswahlen in Zahlen. Typoskript. Bendern.
- Näscher, Gebhard (2005): Landtagswahlen 2005 vom 11./13. März 2005: Landtagswahlen in Zahlen. Typoskript. Bendern.
- Näscher, Gebhard (2009): Landtagswahlen 2009 vom 6. 2./8. 2. 2009: Landtagswahlen in Zahlen. Typoskript. Bendern.
- Pállinger, Zoltán Tibor (i.Vorb.): Gewaltenteilung unter den Bedingungen des Kleinstaates. Fallbeispiel Liechtenstein.
- Pállinger, Zoltán Tibor (2006): Das Problem der Machtverteilung in den europäischen Kleinstaaten – ein Vergleich der historischen Entwicklung der Gewaltenteilungskonzeption in den Verfassungen Andorras, Liechtensteins, Monacos und San Marinos. In: Haidacher, Christoph; Schober, Richard (Hg.): Von Stadtstaaten und Imperien : Kleinterritorien und Grossreiche im historischen Vergleich. Tagungsbericht des 24. Österreichischen Historikertages 2005. Innsbruck: Wagner, S. 270–280.
- Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz (Hg.) (2000): Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Signum.
- Potolidis, Panajotis (2009): Issue voting and personality effects in the Principality of Liechtenstein: an analysis of the parliamentary elections of 2009. Lizentiatsarbeit Universität Bern. Bern.
- Quaderer-Vogt, Rupert (1996): Wege und Umwege zu den Parteigründungen in Liechtenstein. In: Vaterländische Union (Hg.): Die Schlossabmachungen vom September 1920. Vaduz: Vaterländische Union, S. 20–57.
- Scheiber, Carlo (1967): Das Wahlrecht von Liechtenstein als Verwirklichung der demokratischen Wahlrechtsidee. Diss.iur. Memmingen.
- Schloeth, Daniel (1998): Rational Choice in der Schweiz: Gibt es Hinweise für ökonomisches Wählen bei den Nationalratswahlen 1995? In: Kriesi, Hanspeter; Linder, Wolf; Klöti, Ulrich (Hg.): Schweizer Wahlen 1995. Bern/Stuttgart/Wien: Paul Haupt, S. 161–192.
- Schmitt, Annette (2005): Die Rolle von Wahlen in der Demokratie. In: Falter, Jürgen W.; Schoen Harald (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 3–29.
- Schoen Harald (2005): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W.; Schoen Harald (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 135–186.
- Schoen, Harald; Weins, Cornelia (2005): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Falter, Jürgen W.; Schoen Harald (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187–242.
- Sciarini, Pascal; Hardmeier, Sibylle; Vatter, Adrian (Hg.) (2003): Schweizer Wahlen 1999. Bern: Haupt.
- Selb, Peter; Lachat, Romain (2004): Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens. Zürich: Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (Swiss Electoral Studies (Selects), 8).
- Selects (2010): Swiss national election studies, cumulated file 1971–2007 [Dataset]. Distributed by FORS, Lausanne. www.selects.ch.
- Waschkuhn, Arno (1994): Politisches System Liechtensteins. Kontinuität und Wandel. Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, 18).

Wille, Herbert (1981): Landtag und Wahlrecht im Spannungsfeld der politischen Kräfte in der Zeit von 1918–1939. In: Liechtensteinische Akademische Gesellschaft (Hg.): Beiträge zur geschichtlichen Entwicklung der politischen Volksrechte, des Parlaments und der Gerichtsbarkeit in Liechtenstein. Anhang: Verfassungstexte 1808–1918. Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, Bd. 8, S. 59–215.